

Plusminus-Wahlserie: Die Parteien und mein Geld

Thema: Euro

(1) DIE zentrale Frage: Soll Deutschland mit gemeinsamen Schulden den Krisenländern helfen? Und das sagen die Parteien...

Die Union (CDU/CSU):

„Wir wollen, dass Europa gestärkt aus der Krise hervorgeht und der Euro eine starke und stabile Währung bleibt. Dafür brauchen wir weitere Anstrengungen und Reformen vor allem in den Staaten, die unsere Hilfe brauchen. Rot-Grün dagegen setzt auf eine **Vergemeinschaftung der Schulden und Eurobonds. Dies wäre der Weg in eine europäische Schuldenunion, in der deutsche Steuerzahler nahezu unbegrenzt für die Schulden anderer Länder eintreten müssten. Das lehnen wir ab.** Damit wäre das Prinzip „Keine Leistung ohne Gegenleistung“ außer Kraft gesetzt. Wir wollen nicht, dass ein Euro-Staat auf Kosten seiner Nachbarn weiter Schulden macht und sich vor unbequemen Reformanstrengungen drücken kann.“

FDP:

„**Eine Haftungsunion wird es mit uns nicht geben.** Eine gesamtschuldnerische Haftung für Staatsanleihen der Mitgliedstaaten, wie über Eurobonds oder einen Altschuldentilgungsfonds, lehnen wir Liberalen aus politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Gründen ab, heute genauso wie in der Zukunft.“

„Um aus der Krise zu kommen, müssen wir Europa weiter stärken – und nicht Deutschland schwächen. Deshalb bleibt das Haftungsvolumen für den Bundeshaushalt verfassungsrechtlich streng begrenzt und das Haushaltsrecht des Deutschen Bundestages unangetastet. Das Parlament hat immer das letzte Wort. Und darum haben wir eine Vergemeinschaftung der Schulden durch Eurobonds oder einen Schuldentilgungsfonds verhindert. Wir wollen kein Schuldeneuropa, sondern eine echte Stabilitätsunion.“

„Europa hat nur eine Zukunft als Verantwortungsgemeinschaft, in der jeder für sein Handeln haftet. **Darum setzen wir uns für eine europäische Insolvenzordnung für Staaten ein, um die bestehenden Stabilisierungsinstrumente zu ergänzen.** Ziel muss es sein, die endlose „Rettungsroutine“ durch verbindliche Regeln zu ersetzen, die allen Beteiligten Sicherheit bieten, wann das Verfahren beginnt und dass es zügig beendet werden kann sowie einen fairen Interessenausgleich mit den Gläubigern und die Wiederherstellung der Kapitalmarktfähigkeit bewirkt.“

SPD:

„Mit einem **europäischen Schuldentilgungsfonds** wollen wir die Handlungsfähigkeit aller Mitglieder in der Währungsunion sicherstellen. Mit einem verbindlichen Schuldenabbau- und Reformplan nimmt er die Staaten in die Pflicht, damit die Europäische Zentralbank nicht weiter gezwungen ist, auf den Anleihemärkten einzugreifen. Solidarität ist wichtig, um die Stabilität unserer Währung zu sichern. Sie darf aber keine Einbahnstraße sein, sondern muss an Anstrengungen der Krisenstaaten für tragfähige Haushalte geknüpft sein.“

„Nachdem durch den Fiskalpakt und andere europäische Kontrollmechanismen strenge und wirkungsvolle Auflagen für die nationale Haushaltsdisziplin aufgestellt worden sind, **darf nun das Thema der gemeinsamen Haftung kein Tabu mehr bleiben**. Schon jetzt haftet durch die Euro-Rettungsschirme und die Politik der EZB der deutsche Steuerzahler mit Hunderten von Milliarden. Die SPD hat diese Politik mitgetragen, denn es liegt im deutschen Interesse, dass wir unsere Währung verteidigen und dass der Währungsraum nicht auseinander bricht. Ein Instrument zur Abwehr von Spekulationen gegen Staaten der Währungsunion kann dabei ein europäischer Schuldentilgungsfonds aller Mitglieder in der Währungsunion sein.“

Grüne

„Wir fordern einen **Europäischen Schuldentilgungspakt**, der auf dem vom Sachverständigenrat der Bundesregierung vorgeschlagenen Schuldentilgungsfonds basiert. Dem Schuldentilgungspakt legen wir eine sichere Finanzierung zu Grunde. Diese wollen wir durch Vermögensabgaben in den europäischen Ländern unterstützen und so die Schuldenproblematik sozial gerecht lösen.“

„**Unser Ziel bleiben Eurobonds**, auch wenn sie nicht von heute auf morgen realisierbar sind. Mit Europäischen Anleihen samt strengen Auflagen gelingt es mit einer gemeinschaftlichen Haftungszusage aller Mitgliedsstaaten (Eurobonds) am besten, der Vertrauens- und Finanzierungskrise in der Eurozone ein Ende zu setzen. Die Einführung von Eurobonds setzt allerdings eine Vertragsänderung voraus. Künftig muss bei der Bewältigung von staatlichen Schuldenkrisen der Privatsektor sehr viel umfassender als bisher an den Krisenkosten beteiligt werden.“

Linke

„Die Europäische Zentralbank soll die Staaten in der Eurozone in einem festgelegten Rahmen direkt finanzieren. Als ersten Schritt fordert DIE LINKE die Gründung einer europäischen Bank für öffentliche Anleihen, die zu ihrer Refinanzierung Zentralbankkredite aufnehmen kann.“

(2) Wie kann den Krisenländern wieder auf die Beine geholfen werden? Sparen? Oder investieren? Das sagen die Parteien...

Die Union (CDU/CSU):

„Wer Hilfe braucht, muss mit eigenen Leistungen dazu beitragen, die Probleme zu lösen. Dazu gehört, Schuldenberge abzubauen und die eigene Wettbewerbsfähigkeit durch Reformen und Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und Technologie zu steigern.“

„**Wir treten daher für den weiteren Abbau der Neuverschuldung sowie die strikte Einhaltung nationaler Schuldenbremsen ein. (...)** Wer gegen die vereinbarten Grenzwerte des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verstößt, muss mit Sanktionen rechnen.“

„Wir wollen dazu einen **Pakt für Wettbewerbsfähigkeit** beschließen, in dem die Nationalstaaten sich mit der Europäischen Kommission auf konkrete Maßnahmen verständigen, um ihre Situation zielgenau zu verbessern. Dabei ist es unser Ziel, die Schwachen zu stärken und die Leistung der Besten zum Maßstab für alle zu machen.“

FDP

„**Solidarität verlangt auch Solidität.** Strukturreformen sind angezeigt. Länder, die ohne zeitweise Unterstützung nicht auskommen, müssen die mit den Partnern verhandelten Verpflichtungen einhalten. Der Reformdruck muss erhalten bleiben. Es darf keine falschen

Anreize geben. Einen Rückfall in die keynesianische Schuldenpolitik der 1970er Jahre lehnen wir vehement ab. Für Liberale ist die Geldwertstabilität eine Grundvoraussetzung für nachhaltiges Wachstum in der Sozialen Marktwirtschaft. Solidarität bedeutet zugleich Subsidiarität. **Der deutsche Steuerzahler darf nicht verpflichtet werden, Leistungen zu finanzieren, die über die Standards im eigenen Land hinausgehen.**“

SPD

„So wichtig solide Finanzen sind, **Sparen allein führt nicht ans Ziel**. Stabilität und Prosperität setzen Wachstum und soziale Gerechtigkeit voraus.“

„Alle EU-Mitgliedstaaten müssen ihren Beitrag leisten, damit die wirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone abgebaut werden. (...) Europas Wirtschaften brauchen einen neuen Impuls für nachhaltiges Wachstum. (...) **Wir streben einen Europäischen Investitions- und Aufbaufonds** an, der die Finanzierung und Durchführung von europaweiten Programmen zur Förderung eines nachhaltigen und tragfähigen Wachstums, zur Stärkung der Binnennachfrage sowie zur Förderung von gerecht entlohnter Beschäftigung verbindlich macht. Um diese Maßnahmen zu finanzieren, setzen wir uns für eine gerechte Besteuerung von Vermögen in Europa ein.“

Grüne

„Wie schon in der Vergangenheit zeigen sich immer mehr die **desaströsen Auswirkungen der einseitigen Sparpolitik** – diese führt Europa immer tiefer in die Krise und gefährdet den sozialen Zusammenhalt.“

„Weil man sich aus einer solchen Krise nicht einfach heraussparen kann, muss das entscheidende Augenmerk darauf gelenkt werden, wie neue wirtschaftliche Dynamik entstehen kann.“

„Kämpfen wir für ein gerechtes Europa! Die einseitige und unsolidarische Kürzungspolitik unter Führung der schwarz-gelben Bundesregierung hat dazu geführt, dass sich die Wirtschaftskrise in den südeuropäischen Ländern zusätzlich verschärfte. (...) Eine grün geprägte Bundesregierung wird nicht hinnehmen, dass auf dem Rücken der Ärmsten gespart wird.“

„In Solidarität mit den Mitgliedsstaaten sollte der Fonds so lange aufrechterhalten und gegebenenfalls erhöht werden, bis die Arbeitslosigkeit unter der Jugend signifikant und dauerhaft zurückgeht.“

Linke

„Am Anfang jeder Krisenlösung steht: Abbau der Ungleichgewichte.“

„Die Programme zu **Sozialabbau und Kürzungen in der Europäischen Union werden umgehend gestoppt und rückgängig gemacht.**“

„Auch wenn die Europäische Währungsunion große Konstruktionsfehler enthält, tritt DIE LINKE nicht für ein Ende des Euro ein. Voraussetzung für dessen Fortbestand ist, dass der Kurs der Austerität, der Kürzungspolitik, beendet wird. (...) Dazu müssen die **Kürzungsdiktate beendet** und in Zukunft die Wirtschafts-, Fiskal-, Steuer-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitiken der Euro-Mitgliedsländer enger so abgestimmt werden, dass der heute vorherrschende Wettbewerb durch Steuer-, Sozial- und Lohndumping unterbunden wird.“

Ein solcher Wandel, der der großen Mehrheit der Beschäftigten und Erwerbslosen in Deutschland deutlich zugutekommen würde, wäre zugleich der beste Beitrag für eine Entschärfung der Euro-Krise, denn höhere Löhne und Sozialleistungen in Deutschland reduzieren den Druck zu Sozial- und Lohnkürzungen in den anderen Euro-Ländern.“

(3) Die Euro- Finanz- und Bankenkrise. Das alles ist untrennbar miteinander verbunden. Und so wollen die Parteien die Banken in Zukunft kontrollieren...

Die Union (CDU/CSU):

„Wir wollen eine **wirksame europäische Bankenaufsicht** bei der Europäischen Zentralbank für die großen, systemrelevanten Banken sowie Verfahren für die Abwicklung überschuldeter Banken.“

„Eine **europaweite Einlagensicherung lehnen wir ab**, denn damit würde das Haftungsrisiko vergemeinschaftet und deutsche Sparer müssten für die Einlagen in anderen Ländern haften.“

„**Schattenbanken kontrollieren:** Besondere Aufmerksamkeit werden wir dabei den sogenannten Schattenbanken widmen. Wir wollen vermeiden, dass Zweckgesellschaften, Geldmarktfonds oder Hedgefonds klassische Bankgeschäfte außerhalb des regulierten Bankensektors abwickeln. Sonst entstehen neue Risiken, die mit allen bisherigen und künftigen Regulierungsmaßnahmen gerade vermieden werden sollen.“

„**Finanztransaktionssteuer:** Wir haben zusammen mit zehn anderen EU-Ländern verabredet, möglichst schnell eine Finanztransaktionssteuer einzuführen. (...) Bei der Umsetzung werden wir darauf achten, dass Wettbewerbsverzerrungen vermieden und die Interessen des Finanzplatzes Deutschlands gewahrt bleiben. (...) Unser Ziel bleibt es dabei, die Steuer nicht nur in Europa, sondern langfristig weltweit einzuführen.“

FDP

„Wir verteidigen die Unabhängigkeit der EZB. Die EZB muss der Geldwertstabilität verpflichtet bleiben. Eine Staatsfinanzierung durch die EZB und damit die Sanierung der Staatshaushalte durch Inflation lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab.“

„**Wir brauchen nicht zwingend mehr Aufsicht, sondern in jedem Fall eine bessere Aufsicht.** Bei der Umsetzung der gemeinsamen Europäischen Bankenaufsicht legen wir strengen Wert auf eine strikte institutionelle Trennung zwischen Zentralbank- und Aufsichtsfunktionen. Dazu gehört nicht nur eine organisatorische Trennung, sondern vor allem die Einrichtung eigenständiger Entscheidungsgremien in der Aufsichtssäule. **Systemrelevante Banken sollen durch eine gemeinsame europäische Aufsicht kontrolliert werden.**“

„Einen Zugriff auf nationale Einlagensicherungsfonds oder den nationalen Restrukturierungsfonds lehnen wir ab.“

„Der Ankauf von Staatsanleihen durch Banken innerhalb der Euro-Zone sollte ähnlich wie Unternehmenskredite mit Eigenkapital unterlegt werden.“

SPD

„Wir wollen die **Finanztransaktionssteuer**. Um die Finanzmarktakteure endlich an den Kosten der Krise und an der Finanzierung des Gemeinwohls zu beteiligen, werden wir eine europäische Finanztransaktionssteuer einführen.“

„Wir wollen einen transparenten Finanzsektor. Akteure des so genannten Schattenbanksektors, das sind vor allem die hochspekulativen Hedgefonds, müssen endlich reguliert werden.“

„Rein spekulative Finanzprodukte, die keinen wirtschaftlichen Nutzen haben, wollen wir verbieten. (...) Notwendig sind Regeln, die es der Aufsicht erlauben, den Verkauf von bestimmten komplexen und riskanten Finanzprodukten an private Verbraucherinnen und Verbraucher zu untersagen.“

„**In der EU benötigen wir eine schlagkräftige gemeinsame Bankenaufsicht** für die großen, grenzüberschreitend tätigen Institute. Das kann derzeit so nur die Europäische Zentralbank (EZB) leisten. (...) Wir setzen uns auch für europäische Abwicklungsregeln für Banken ein, im Krisenfall müssen Boni zurückgefordert, Dividenden einbehalten und die Eigentümer durch Schuldverzicht oder Schuldumwandlung an den Verlusten beteiligt werden.“

Grüne

„Wir wollen eine Bankenunion und eine unabhängige Bankenaufsicht. (...) Ergänzt wird die europäische Bankenunion nach unseren Vorstellungen um gemeinsame Mechanismen zur Abwicklung von Krisenbanken sowie einen gemeinsamen Rahmen für europäische Einlagensicherungssysteme.“

„Wir werden (...) prüfen, ob eine Bankenabgabe für einen europäischen Bankenrestrukturierungsfonds so gestaltet werden kann, dass Banken den Anreiz haben, sich langfristiger zu finanzieren. Mit dieser Abgabe schaffen wir Mittel für einen **europäischen Bankenrestrukturierungsfonds**, damit im Fall einer erneuten Bankenkrise nicht mehr die SteuerzahlerInnen zur Kasse gebeten werden.“

„Der wichtigste Schritt in Richtung transparenterer und einfacherer Regeln ist eine **Schuldenbremse für Banken**. Nur wenn die Eigenkapitalausstattung des Finanzsystems insgesamt ansteigt, sinkt dessen Anfälligkeit gegen unerwartete Schocks.“

„Auch der Hochfrequenzhandel mit superschnellen Computern braucht ein Tempolimit, so dass jede Order mindestens 1 Sekunde aufrechterhalten werden muss. Das trägt dazu bei, die Finanzmärkte stabiler und damit sicherer zu machen. Gleichzeitig wirkt hier die **Finanztransaktionssteuer** regulierend.“

Linke

Die Finanzmärkte und Banken müssen wirksam kontrolliert und in den Dienst der Gesellschaft gestellt werden. **Wir wollen eine Finanztransaktionssteuer** und eine europaweite einmalige Abgabe für Vermögen über eine Million Euro.

Um den Bankensektor gezielt an den Krisenkosten zu beteiligen, befürworten wir die Einführung einer Bankenabgabe.

Um das Bankensystem wieder funktionsfähig zu machen, müssen zunächst alle Verlustrisiken, die noch in den Bankbilanzen stecken, offengelegt werden. (...) Für den Fall, dass dadurch das Eigenkapital aufgezehrt wird, wollen wir ein Verfahren

für die Insolvenz und Neustrukturierung entwickeln. In diesem Verfahren müssen zunächst die Eigentümer und dann die Gläubiger für die Verluste der Bank herangezogen werden. Einlagen von privaten Sparerinnen und Sparern sind bis 100.000 Euro zu sichern, wie gesetzlich vorgesehen.

Private Großbanken wollen wir in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung überführen.

Die Übertragung der Bankenaufsicht auf die Europäische Zentralbank (EZB) ist abzulehnen, da es dieser an unmittelbarer demokratischer Legitimation fehlt.